

Pressemitteilung
Nr. 065/2023
Kiel, 09.03.2023

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Vielen Dank, Frau Samadoni und Team

Zur heutigen Befassung des Sozialausschusses mit dem Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten für soziale Angelegenheiten für das Jahr 2021 erklärt der sozialpolitische Sprecher der SSW-Fraktion, Christian Dirschauer:

Wenn es das Amt der Landesbeauftragten für soziale Angelegenheiten nicht schon gäbe, man müsste es erfinden. Was Samiah El Samadoni und ihr Team für die Bürgerinnen und Bürger geleistet haben, zumal inmitten der Corona-Pandemie, ist wirklich beeindruckend. Vielen Dank und meinen größten Respekt dafür.

Dass Leistungen aus dem SGBII auch im Jahr 2021 den größten Tätigkeitsbereich ausmachten, verwundert nicht. Die Hartz IV-Reform, und deren oft wenig wohlwollende Auslegung seitens zuständiger Behörden, war ein sozialpolitischer Fehlgriff. Dieser wurde zwar mit dem neuen Bürgergeld zum Teil nachbessert, aber eben auch nur zu einem kleinen Teil. Es bleibt abzuwarten, ob und in welchem Umfang die Eingaben in diesem Bereich zurück gehen werden. Fakt ist jedenfalls: Allein der für Stromkosten veranschlagte Betrag bleibt auch nach der Erhöhung durch das Bürgergeld fernab der Realität. Gleiches gilt für den Bereich Mobilität. Bezeichnenderweise liegt selbst das geplante 49 Euro Ticket über diesem Pauschalsatz.

Ein weiteres Thema, zu dem auch die SSW-Fraktion parlamentarisch tätig geworden ist, ist die Kinderwunschbehandlung. Vom

Bundesförderprogramm zur Unterstützung der Kinderwunschbehandlung können ungewollt Kinderlose nämlich nur dann profitieren, wenn es durch ein entsprechendes Landesprogramm flankiert wird. Leider hat die Landesregierung einen Antrag des SSW zur Einrichtung eines solchen Programms abgelehnt, womit ungewollt Kinderlose auch weiterhin auf sich selbst gestellt bleiben. Ich finde das beschämend.

Unterstreichen möchte ich auch die Forderung der Landesbeauftragten, dass es Kindern mit Autismus-Spektrum-Störung ermöglicht werden sollte, eine fest zugeordnete Schulbegleitung zu bekommen. Was so nachvollziehbar und logisch erscheint, ist leider mitnichten selbstverständlich.